

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Roberto Ducci

Die Weltordnung
in den sechziger Jahren

Zbigniew K. Brzezinski

Die Sowjetunion und Europa

B 20/64

13 Mai 1964

Roberto Ducci, Gesandter im italienischen Außenministerium, vormals Berater der italienischen Delegationen bei der NATO und der OEEC, Vorsitzender des vorbereitenden Ausschusses für die Verträge von Rom 1956/57, von 1958 bis 1962 italienischer Botschafter in Finnland; geb. 8. Februar 1914 in La Spezia.

Zbigniew K. Brzezinski, Direktor des Research Institute on Communist Affairs und Professor für Public Law and Government der Columbia-Universität; geb. 28. März 1928 in Warschau. B. gilt als einer der besten Kenner der Sowjetunion und Osteuropas. Seine Arbeiten finden in den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern große Beachtung. Veröffentlichungen u. a.: The Soviet Bloc — Unity and Conflict (deutsch: Der Sowjetblock — Einheit und Konflikt, Köln 1962), Ideology and Power in Soviet Politics.

Mit freundlicher Genehmigung der New Yorker Vierteljahresschrift FOREIGN AFFAIRS werden die folgenden Beiträge aus dem Aprilheft 1964 nachgedruckt.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Weltordnung in den sechziger Jahren

I.

Wir leben ohne Zweifel in einer Zeitspanne, in welcher sich der Ablauf der Geschichte beschleunigt; niemand wagt jedoch vorherzusagen, was wir von dieser Beschleunigung zu erwarten haben. Das Ende des zweiten Weltkriegs liegt noch nicht 20 Jahre zurück, aber bereits jetzt besteht wenig Ähnlichkeit zwischen dem Entwurf einer Weltordnung aus dem Jahre 1944 und der tatsächlichen Welt des Jahres 1964. Eine auf einen Krieg, der 30 Millionen Opfer forderte, folgende Weltordnung sollte eigentlich von etwas längerer Dauer sein. Die „Pax Romana“ nach den Bürgerkriegen kurz vor Christi Geburt erstreckte sich, mit einigen Unterbrechungen, über ein paar Jahrhunderte. Die „Pax Anglica“ anschließend an die napoleonischen Kriege dauerte ein Jahrhundert. Die „Pax Americana“ (es läßt sich nicht bestreiten, daß die Vereinigten Staaten den Frieden seit dem Tage des Kriegsendes in Japan gewahrt haben, mit einiger stillschweigender Hilfestellung seitens Rußlands) hat bis jetzt eine Dauer von neunzehneinhalb Jahren, aber nur dank verschiedener Veränderungen in der Organisation der Welt, von denen einige unter dem Druck der Verhältnisse improvisiert wurden.

Es wird in diesem Aufsatz versucht, einen Blick in die undurchsichtige vor uns liegende Zukunft zu werfen und Überlegungen darüber anzustellen, auf welche Weise der Friede in den sechziger Jahren und Anfang der siebziger Jahre erhalten werden kann. Wird die gegenwärtige Weltordnung bestehen bleiben (wenn überhaupt irgendeine Weltordnung überleben kann)? Welche Kräfte und welche Ideen arbeiten auf eine Änderung hin? Wo sind die Zentren des Widerstandes gegen sie? Welche Art neuen Gleichgewichts (falls erforderlich) wird geschaffen werden und durch wen?

II.

Der Entwurf für den Frieden gegen Ende des zweiten Weltkriegs war einfach und deshalb von einer gewissen harmonischen Eleganz. Fünf Hauptmächte sollten die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in der Welt übernehmen; die juristische Sanktion dafür wurde ihnen durch die Charta der Vereinten Nationen übertragen, die ihnen die Dauermitglied-

schaft und das Vetorecht im Sicherheitsrat zusprach. Großbritannien sollte für Nordwesteuropa, das Mittelmeergebiet, den Nahen und Mittleren Osten, das südliche Asien und Ozeanien verantwortlich sein; die Sowjetunion für ihr eigenes riesiges Festlandgebiet und für Osteuropa; Frankreich für den Hauptteil Afrikas nördlich und südlich der Sahara; und China (das China Tschiangkaischeks) für den Fernen Osten. Die Vereinigten Staaten, die der Welt den Frieden zurückgegeben und ihre Soldaten wieder nach Hause geholt hatten, konnten sich gefahrlos auf ihre Aussichtsveranda mit dem Blick auf Lateinamerika zurückziehen; darüber hinaus leisteten sie Hilfe bei der Errichtung der Demokratie in Deutschland und Japan und überwachten im ganzen den Gang der Dinge in den vier anderen Kontinenten.

Diese idyllische Illusion von San Francisco und Jalta wurde schon innerhalb etwa eines Jahres nach dem Tode Franklin Delano Roosevelts zerstört. Großbritannien war nicht in der Lage, eine derart schwere Last in vier Kontinenten zu tragen; nachdem es weise genug gewesen war, Indien aufzugeben, versuchte es mit geringem oder gar keinem Erfolg, den Nahen und Mittleren Osten zu halten, und sah sich gezwungen, die Verteidigung des östlichen Mittelmeeres und des südasiatischen und australischen Raumes Präsident Truman zu überantworten. Frankreich behielt seine Kolonien eine Weile dank der Tüchtigkeit und Hingabe seines «corps d'élite»; danach mußte aber auch zum Rückzug geblasen werden. China überraschte die meisten dadurch, daß es kommunistisch wurde und auf diese Weise die Welt aus dem Gleichgewicht brachte; denn Rußland hatte inzwischen ganz Osteuropa zu einer befestigten Stellung ausgebaut und seinen Einfluß überall längs der provisorischen Grenze mit dem Westen zur Geltung gebracht. Die amerikanischen Soldaten, das heißt ungefähr 400 000 von ihnen, mußten schleunigst nach Europa zurückgeschickt werden.

Die Kräfte, welche in jenen Jahren das Bild der internationalen Gesellschaft formten und ihr Aussehen in erstaunlich kurzer Zeit wandelten, wurden nicht immer richtig erkannt. Die Art und Stärke der weltweiten Revolte gegen die weiße Rasse wurde anfangs sehr

unterschätzt. Im Gegensatz dazu wurde die Fähigkeit der ruhmreichen alten Länder wie Großbritannien und Frankreich, eine Weltrolle zu spielen, weitgehend überschätzt. Für die meisten Beobachter bestand das Wesentliche des Kommunismus in seiner Aggressivität und nur für wenige in seiner Schwäche. Dennoch war der Kommunismus, zumindest bis zum Jahre 1950, gewiß schwach, also während der Zeitspanne, in der die Sowjetunion wenig gegen das amerikanische Atomwaffenmonopol unternehmen konnte. Für den Kreml waren es die Jahre der großen Angst, der Furcht, daß der Kapitalismus seine militärische Überlegenheit ausnutzen könne, um den Kommunismus in seiner Existenz auszulöschen, und der niederdrückenden Besorgnis, daß Marx und Lenin vielleicht doch unrecht und die Bourgeoisie schließlich doch recht gehabt haben könnten. Einer der beiden Blöcke, in welche sich die Welt in den letzten vierziger Jahren aufspaltete, entstand aus dieser Schwäche und dieser Furcht heraus; denn Stalins eiserne Hand zwang den jungen Ländern Osteuropas unter rücksichtsloser Unterdrückung ihres nationalen Stolzes und ihres sehnächtigen Verlangens nach Unabhängigkeit das sowjetische Joch auf, um ein Glacis von größtmöglicher Ausdehnung zwischen den amerikanischen Stützpunkten in Deutschland und den hauptsächlich russischen Industrie- und Bevölkerungszentren zu schaffen. Während sogar die alte Garde der Kommunisten ums Leben gebracht oder zu Einzelhaft verurteilt wurde, wurden alle Spuren nationaler Eigenart in Osteuropa, außer in Titos Jugoslawien, verfolgt und so weit wie möglich unterdrückt.

So bestand die sowjetische Antwort auf die durch das amerikanische Atommonopol vorliegende Herausforderung in der zwangsweisen Integrierung aller derjenigen Teile Europas in die Sowjetunion, die sich innerhalb der Reichweite der sowjetischen Streitkräfte befanden. Als kurz darauf das amerikanische Monopol gebrochen wurde, ging der allgemeine Eindruck (vermutlich eine sehr voreilige Meinung) dahin, daß nunmehr, nachdem auf atomarem Gebiet ein Gleichgewicht erreicht worden war, die Überlegenheit auf der Seite lag, die die größten herkömmlichen Streitkräfte aufzuweisen hatte, das heißt auf der Seite des Sowjetblocks. Während der Stand der Technik der atomaren Abschreckung noch in den Kinderschuhen steckte, wurden die Vorstellungen der Allgemeinheit und sogar die Überlegungen der Generäle noch von den alten Lehren herkömmlicher Kriegführung

bestimmt. Dieser Tatbestand bildete einen kräftigen Antrieb zur Integration der westeuropäischen Staaten untereinander und zur Integration ihrer Gesamtheit zusammen mit den Vereinigten Staaten in ein einziges politisches und militärisches System.

III.

Der westliche Block ähnelte dem stalinistischen Block natürlich niemals wirklich, außer in dem Sinne, daß auf der westlichen Seite ebenfalls eine Macht die Führung hatte, die aber weder Drohungen noch Gewalt anzuwenden brauchte, um als Führungsmacht anerkannt zu werden. Unter anderem ist dies auch an der parallelen Entwicklung des westlichen Blocks in Richtung auf eine atlantische Integration und in Richtung auf eine europäische Integration erkennbar. (Stalin hatte jeden Versuch, eine Union zwischen seinen Satelliten zu schaffen, auf das entschiedenste verboten.) Für die Vision vom Aufstieg eines geeinten Europas aus der Asche des besiegten und verarmten alten Kontinents, der einmal die Welt beherrscht hatte, lagen psychologische Gründe vor. Idealistische Hoffnungen beschäftigten sich mit der Idee einer allgemeinen Versöhnung der europäischen Völker, die den dreitausend Jahre währenden Streitigkeiten ein Ende setzen sollte. All dies wäre jedoch nicht unbedingt in den Bereich praktischer Politik übertragen worden, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, ein anscheinend unlösbares Problem zu lösen: Wie konnte die potentielle Macht Deutschlands wenige Jahre nach seiner Niederlage und Zerstörung zur Mitwirkung bei der Verteidigung des Westens herangezogen werden, ohne daß Deutschland wiederum das führende Land in Europa wurde?

Hierfür gab es zwei Lehrmeinungen. Die eine, hauptsächlich von englischer Seite vorgebracht, behauptete, daß Deutschland auf sichere Weise nur in ein von den Vereinigten Staaten und Großbritannien garantiertes politisches und militärisches System eingefügt werden könnte. Die andere Richtung, vorwiegend von französischen Kreisen vertreten, glaubte, daß nur dann wirkliche Sicherheit erzielt werden würde, wenn Deutschland zusammen mit einigen anderen europäischen Ländern in ein neues supranationales System eingeschmolzen würde. In diesem letzteren System sollte Gleichheit unter den teilnehmenden Ländern bestehen; Frankreich sollte aber etwas gleicher sein als seine Partner (es brauchte nicht auf atomare Waffen zu verzichten, sollte keinen vertraglichen Begrenzungen hinsichtlich der

herkömmlichen Waffen unterliegen, würde finanzielle Hilfe für seine Kolonialpolitik oder sein Kernforschungsprogramm erhalten, usw.) — wenn auch nicht in genügendem Maße gleicher, um Charles de Gaulles Vision von der Gleichheit Frankreichs zu entsprechen. Diese zweite Lehrmeinung wurde von den Vereinigten Staaten gefördert und unterstützt, konnte aber nicht völlig über die erstere den Sieg davontragen.

Infolgedessen existieren beide Organisations-schemata nebeneinander in der westlichen Welt und behindern sich nicht, sondern stärken sich gegenseitig. Das eine Schema soll dazu dienen, das Gleichgewicht militärischer Macht in der Welt, und somit innerhalb Europas, mit Hilfe der absoluten Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Kernwaffen aufrechtzuerhalten; das andere Schema soll das Gleichgewicht der politischen und wirtschaftlichen Macht innerhalb Europas gewährleisten. Jedoch kann dieses Doppelschema nur so lange funktionieren, wie keiner der Teilnehmer die Frage stellt, auf welche Weise das militärische Gleichgewicht in der Welt aufrechterhalten werden soll. Da aber eine der Voraussetzungen des Gleichgewichts in dem Atomwaffenmonopol der Vereinigten Staaten besteht, wird die Infragestellung dieses Monopols der Lebensdauer des Doppelschemas bald ein Ende setzen.

John Foster Dulles war zwar nicht der alleinige Urheber (in diese Ehre muß er sich mit Jean Monnet teilen), aber doch der mächtigste Förderer des eben beschriebenen politischen Systems des Westens und des darauf gegründeten Systems einer Weltordnung. Es ist heutzutage in Mode gekommen, die Leistungen und Absichten von Dulles negativ zu beurteilen. Sein Glaubensbekenntnis wird als reaktionär, seine Bemühungen zur Schaffung eines weltweiten Netzes militärischer Pakte als eine Art von Manie und seine Politik des Am-Rande-eines-Krieges-Manövrierens als Kriegshetze verschrien. Seine feste und disziplinierte Betrachtungsweise der realen Gegebenheiten, seine Gewohnheit, die Wahrheit gerade heraus zu sagen, und seine starke und ziemlich dominierende Persönlichkeit ließen ihn weder bei den Staatsmännern noch bei der Öffentlichkeit Zuneigung finden. Dennoch werden objektive Historiker ihn als eine Persönlichkeit herausstreichen, die im höchsten Maße die Fähigkeit hatte, die in der Weltarena vorhandenen Kräftepotentiale genau ihrem Gewicht nach abzuwägen. Er war der erste in Amerika und vermutlich in der Welt, der die

politische Bedeutung der Kernwaffen und die Vorteile, die der Diplomatie auch aus einer nur zeitweiligen Überlegenheit auf diesem Gebiet erwachsen konnten, voll begriff. Die Doktrin der massiven Vergeltung, welche der Westen jetzt mit Recht aufgibt, war zu Dulles' Zeiten die richtige Anwendung der damaligen militärischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten auf das diplomatische Ringen, weil zu jener Zeit die Vereinigten Staaten den Kern der Sowjetunion verwüsten konnten, während die Russen nicht in der Lage waren, das gleiche mit Amerika zu tun. Die Doktrin zeitigte bessere Resultate bei Anwendung aus einer Verteidigungsposition heraus (wie im Falle von Quemoy-Matsu), als bei Vorliegen einer Offensivposition (obwohl man die Tatsache, daß sie nicht angewandt wurde, um den aufständischen Arbeitern und Studenten in Budapest Hilfe zu bringen, wohlwollend mit dem Zustand äußerster Verwirrung erklären kann, in die der Westen durch die Suez-Affäre geraten war). Unter normalen Umständen jedoch war die Doktrin in der Lage, den Status quo und damit den Frieden aufrechtzuerhalten, da das Manövrieren am Rande des Krieges auf einer exakten Bewertung der beiderseitigen Kräfte basierte. Als der erste Sputnik erkennen ließ, daß das Kräftegleichgewicht im Begriff stand, sich zugunsten der Sowjetunion zu verschieben, bemerkte Dulles dies sehr bald und begann sogleich den langsamen Rückzug auf eine andere militärische und politische Position.

Dulles hatte durch die Drohung mit massiver Vergeltung, so lange diese glaubwürdig war, eine Weltordnung konsolidiert, die sinnvoll wirkte und es auch war. Sie wurde gemeinsam von den beiden Blöcken getragen, von denen der eine durch die Abschreckung daran gehindert wurde, Krieg außer in Form des Exports umstürzlerischer Ideen zu führen, während der andere den Krieg ausschließlich nur noch als Mittel der Notwehr akzeptierte (wie sich im Herbst des Jahres 1956 auf sehr krasse Weise zeigte). Die kommunistische Propaganda attackierte die „imperialistische Blockpolitik“ als eine Bedrohung des Weltfriedens. Das Gegenteil war stattdessen der Fall: die Existenz zweier fester und im Gleichgewicht befindlicher Blöcke war friedenserhaltend. Diese Tatsache wurde vermutlich sogar im Kreml stillschweigend anerkannt.

Meinte es Chruschtschow ehrlich, als er Ende 1958 den Vorschlag machte, eine vertragliche Grenze zwischen Ost und West mit Hilfe der vertraglichen Teilung Deutschlands fest-

zulegen, und damit andeutete, daß eine solche Maßnahme den Frieden auf dem Kontinent fest verankern würde? Vermutlich schwebten ihm die Vorteile eines Waffenstillstands mit dem Westen vor, in dessen Verlauf die Sowjetunion ihre wirtschaftliche und politische Situation konsolidieren konnte. Es ist aber unwahrscheinlich, daß für das Berlin-Ultimatum des Jahres 1958 allein „konservative“ Beweggründe maßgebend gewesen sind, selbst wenn andere Handlungen und Gesten Chruschtschows erkennen lassen, daß seiner Politik entsprechend der gegenwärtigen Position der Sowjetunion in der Welt ein „konservativer“ Zug innewohnt. Der Nachdruck darauf, daß ein Krieg nicht unvermeidlich sei, die kürzliche Betonung der Unverletzlichkeit der Grenzen — seien es zaristische Grenzen in Asien oder durch das Potsdamer Abkommen in Europa gezogene Grenzen — und vor allem die Unterstützung für den Plan einer Beschränkung des Besitzes von Kernwaffen auf die bereits „Besitzenden“ enthüllen das sowjetische Interesse daran, den augenblicklichen Stand der Dinge in der Welt zu verewigen, also einen Zustand, in welchem — mehr oder weniger entsprechend den Gedankengängen von Dulles — jede der beiden Großmächte die Ordnung in ihrem Drittel der Welt weiter aufrechterhält, während das letzte Drittel der Gegenstand ihrer Konkurrenzkämpfe — mit alleiniger Ausnahme eines Krieges — bleibt.

IV.

Die Verewigung des Zwei-Block-Systems als Grundlage einer Weltordnung wäre vielleicht nicht schlecht, obwohl die Chinesen sie wohl kaum als revolutionär bezeichnen würden. Die Frage erhebt sich, ob eine solche Weltordnung angesichts des sich wandelnden Bildes der menschlichen Gesellschaft nicht bereits zu einer veralteten Vorstellung geworden ist.

Innerhalb der letzten fünf Jahre zeigte es sich, daß in beiden Blöcken ein schrittweiser Erosionsprozeß vor sich geht. Aus verschiedenen Gründen, die weiter unten im einzelnen untersucht werden sollen, scheint die Führung in beiden Blöcken nicht mehr die gleiche Autorität wie in der Vergangenheit zu besitzen. Es ist zu Fällen offener Rebellion gekommen — Frankreich auf der einen und China und Albanien auf der anderen Seite — sowie zu einer Reihe von kleineren Fällen der Insubordination in beiden Bereichen. Die beiden Gebilde, die in den fünfziger Jahren anscheinend einen mololithischen Charakter hatten, ähneln nunmehr eher Kesseln brodelnden unterirdi-

schen Magmas, dessen dumpfes Grollen die Bildung tiefer und breiter Spalten erkennen läßt. Dieser Fluktuationszustand spiegelt sich in der internen Situation verschiedener Staaten des westlichen Bündnisses wider. Die ideologischen und parteipolitischen Trennungslinien, welche bis vor ein paar Jahren sehr scharf gezogen zu sein pflegten und in den meisten Fällen mit der Abgrenzung zwischen den Freunden der Vereinigten Staaten und denen der Sowjetunion identisch waren, sind heute weniger deutlich und zeigen sogar die Tendenz, völlig zu verschwinden. Das entsprechende Phänomen im Osten, obgleich weniger klar sichtbar, ist das Hervortreten revisionistischer oder prochinesischer Gruppen innerhalb der kommunistischen Parteien. Außerdem zeigt sich eine dauernde Wechselwirkung zwischen diesen neuen Trends und anderen, die sich auf einem andersartigen Gebiet abspielen: unter der Führung ihrer eigenen Päpste bricht die römisch-katholische Kirche aus ihrer mittelalterlichen Festung hervor, in dem Bemühen nach Einheit unter den christlichen Kirchen und unter Zubilligung von Toleranz für andere Religionen (einschließlich der kommunistischen Religion, wie es manchmal scheint). In einer derartigen Atmosphäre der Verschmelzung und Versöhnung wird es wiederum immer schwieriger, die Annahme der dogmatischen Glaubenssätze ebenso wie früher zu erzwingen; und Jewtuschenko ist in der Lage, im Osten den Kampf um die intellektuelle Freiheit zu führen, der im Westen inzwischen etwas schal geworden ist.

Ich möchte nun versuchen, die Motive aufzuzeigen, die der westlichen wie der östlichen Gesellschaft mehr oder weniger gemeinsam eigen sind und möglicherweise zu diesen sichtbaren Veränderungen geführt haben. Um mit dem weniger wichtigen zu beginnen: das erste Motiv kann in der Tatsache gesehen werden, daß der Unterschied zwischen der wirtschaftlichen und technischen Kapazität der führenden Nation und derjenigen der anderen Nationen im Block sich verringert. Über kurze Zeiträume hinweg kann es sogar dazu kommen, daß gerade die führende Nation eine wirtschaftliche Krise durchstehen muß. Auf diese Weise ist eine der früheren starken Antriebskräfte für die Einheit jedes der beiden Blöcke heute weniger wirksam. Finanziell und wirtschaftlich ist Europa auf sich selbst angewiesen. Das gleiche läßt sich nicht von den kleineren COMECON-Ländern sagen. Dennoch ist das Rußland von heute unter dem Druck einer ersten landwirtschaftlichen Krise und auf der Suche nach langfristigen Krediten gewiß nicht

in der Lage, ihnen Kapital in dem für ihre künftige industrielle Entwicklung erforderlichen Ausmaß zur Verfügung zu stellen (von China ganz zu schweigen).

Der zweite Hauptgrund für die Erosion in beiden Blöcken ist die Tatsache, daß die Wirksamkeit des von jeder der beiden führenden Nationen gewährleisteten Schutzes nachläßt und daß die Furcht vor der Anwendung atomarer Repressalien als Strafe für politische Missetaten dahinschwindet. de Gaulles Theorie hinsichtlich des ersten Punktes ist wohlbekannt. Ohne ganz so weit wie er in dieser Argumentation zu gehen, ist es für jedermann offensichtlich, daß die Schwelle für die Anwendung von Atomwaffen sich immer weiter nach oben verschiebt, so daß nur Ereignisse von absolut vitaler Bedeutung zum Einsatz der Abschreckungsmittel führen könnten. Die wachsende Erkenntnis dieser Tatsache hat bestimmt erheblichen Einfluß auf Chinas Kontroverse mit der Sowjetunion ausgeübt. Welche Sicherheit kann Peking haben, daß im Falle einer Bedrohung Chinas durch Kernwaffen die Sowjetunion bereitwillig das Risiko, selbst vernichtet zu werden, auf sich nehmen würde? Die Führer von Peking müssen davon überzeugt sein, daß China ein eigenes Kernwaffenarsenal braucht, um überleben zu können; und wenn die Chinesen es nicht von der Sowjetunion bekommen können, werden sie alles in ihren Kräften Stehende tun, um es mit Hilfe eigener Anstrengung zu erringen. Wenn diese Annahme zutrifft, besteht keine Hoffnung, daß China einem Vertrag gegen die Ausbreitung von Atomwaffen beitreten wird. Und wenn ein solcher Vertrag nur auf Kontinental-Europa — Frankreich ausgenommen — und auf unterentwickelte Erdteile Anwendung fände — welchen Nutzen könnte er dann noch haben? Diejenigen Nationen, die für sich einen untergeordneten Status akzeptiert haben, brauchen solche Verpflichtungen nicht einzugehen; die anderen wiederum werden, sobald sie dazu in der Lage sind, ihnen keine Beachtung schenken.

Andererseits gibt es inzwischen genug Beweise dafür, daß sich sogar ein schwaches Land von einem Block lösen und entweder die Seite wechseln oder isoliert bleiben kann, ohne dadurch mehr als nur wirtschaftliche Schwierigkeiten zu haben. Jugoslawien, Kuba und Albanien sind derartige Fälle. Warum und in welchen Grenzen dies möglich ist (die Sowjetunion schritt sehr schnell gegen Ungarns Versuch, den Warschauer Pakt zu verlassen, ein), läßt sich durch die Tatsache erklären, daß im Atomzeitalter die Großmächte Verbündete

viel weniger dringend als früher brauchen. Die Verbündeten mögen einen psychologischen, wirtschaftlichen oder Propagandawert darstellen; ihr militärischer Wert ist jedoch heute gering, und sogar die Bedeutung, die ihre geographische Lage für die Errichtung von Atomwaffen-Stützpunkten gehabt haben mochte, ist angesichts der Entwicklung interkontinentaler und von Schiffen abschießbarer Raketen praktisch auf Null zusammengeschrumpft. Rein strategisch gesehen haben Verbündete, und daher auch die Blöcke an sich, immer mehr nur noch eine Randbedeutung.

Der dritte Grund für die Aushöhlung des Blocksystems findet sich in einer Reihe von psychologischen Faktoren. Nach fünfzehn Jahren der Spannung sehen sich die führenden Gruppen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs nicht mehr in der Lage, ihre Völker in einem Zustand aktiver ideologischer Mobilisierung zu halten. Die Maßnahmen zur Verringerung der Spannungen haben eine Multiplikator-Wirkung gehabt. Das Schlagwort von der „imperialistischen Umzingelung“ war von dem Augenblick an keine Ausrede mehr für Mißernten oder für die Knappheit von Verbrauchsgütern in der Sowjetunion, da Kennedys Lächeln die Verkörperung der Vereinigten Staaten zu werden begann. Ebenso hörte die „Drohung der sowjetischen Aggression“ auf, eine wirksame Wahlkampfparole für Rechtsparteien zu sein, seitdem Stalins tödlicher Sarkasmus durch Chruschtschows Gleichnisse und Scherze ersetzt wird. Ein Mitglied der Bourgeoisie darf heutzutage „pro-amerikanisch“ oder „pro-de-Gaulle“ und ein Mitglied der kommunistischen Partei (allerdings nicht im Osten selbst) „pro-russisch“ oder „pro-chinesisch“ sein, obgleich der Gaullismus und China gar keine wirklich glaubwürdigen Alternativen darstellen. Im Bereich des individuellen Gewissens wächst das Bedürfnis, nicht nur in Richtung auf einen ungenau definierten „Frieden“ voranzuschreiten (der auch im Frieden des Todes gefunden werden könnte), sondern Möglichkeiten zu finden, um die eigene Persönlichkeit zu verwirklichen, um seine Nachbarn kennenzulernen und zu verstehen, um mit ihnen den Kontakt für irgendwelche neue Unternehmungen aufzunehmen, um Brüderlichkeit auch anderswo als nur auf Soldatenfriedhöfen entstehen zu lassen und um in der ganzen Welt zu Hause zu sein.

Mehr als alles andere aber beginnt die Furcht, dieses starke Bindemittel der Bündnisse, zu verschwinden, und zwar sowohl aus den Beziehungen zwischen den Mitgliedern des je-

weiligen Blocks als auch aus den Beziehungen zwischen den beiden Blöcken selber. Man hat aufgehört, den Großen Bruder wegen seiner Größe zu fürchten oder wegen seiner Brüderlichkeit zu lieben. Der hartnäckige Kapitalismus ebenso wie der unnachgiebige Kommunismus beginnen beide zu veralten und aus der Mode zu kommen. All dies deutet auf etwas Neues hin — denn etwas muß die so entstehende Leere ausfüllen.

V.

Ebenso wie in der Innenpolitik die Menschen die Extreme verabscheuen, werden nun auch in der internationalen menschlichen Gesellschaft neue Positionen modern. Diese Positionen könnte man als Neo-Nationalismus und Neo-Neutralismus bezeichnen (ähnlich dem Nationalismus und Neutralismus des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts, aber nicht identisch damit). Manche neo-nationalistischen Länder, wie de Gaulles Frankreich, haben sich entschieden, zunächst einmal Mitglied eines Blocks zu bleiben, und fast alle neo-neutralistischen Länder empfinden früher oder später die Unfruchtbarkeit ihrer Lage und versuchen, sich in einem „Nicht-Block“ zusammenzufinden, um ihren Einfluß auf die Vorgänge in der Welt zu vergrößern. Grundsätzlich aber wird die Position beider durch den Glauben aufrechterhalten, daß in unserer sich wandelnden Welt eine Nation ihr Heil am besten darin findet, sich auf ihre eigenen Anstrengungen und Hilfsquellen zu verlassen. Dieser Trend weist daher, wenn ich mich nicht sehr täusche, auf eine schrittweise „Atomisierung“ der internationalen Gesellschaft hin.

Vor einer Betrachtung der Bedeutung einer solchen Entwicklung sollte man die Frage stellen, ob dieser Trend nicht etwas Vorübergehendes darstellt und ob das alte System nicht letzten Endes doch ohne allzu große Schwierigkeiten wiederhergestellt werden wird. Wenn ich dies trotz allem, was ich über die Vorzüge des Zwei-Block-Systems zu sagen hatte, ernsthaft bezweifle, so aus der Überlegung heraus, daß wir, um nochmals eine bipolare Welt zu schaffen, einen Weg finden müßten, uns von dem Nichtvorhandensein Chinas zu überzeugen. Diese Leistung kann vielleicht noch eine Zeitlang in den Vereinten Nationen vollbracht werden, ist aber bestimmt nirgendwo anders möglich. Die führenden Mächte der beiden Blöcke konnten eine bemerkenswerte und sehr seltene Kombination von drei Gegebenheiten für sich ausnutzen. Sie hatten die ausschließliche Kontrolle über die

„letzten“ Waffen. Sie hatten wirtschaftliche Hilfsquellen zu ihrer Verfügung, welche es ihnen gestatteten, den Nationen ihrer jeweiligen Gruppe Hilfe zu leisten. Sie waren im Genuß der Stellung ideologischer Überlegenheit, die ihnen als Ergebnis ihres Sieges im Kriege beziehungsweise ihres Sieges in der Revolution zustand, so daß die von ihnen vertretene Ideologie ohne Schwierigkeiten zu der Ideologie der betreffenden Gruppe wurde. Diese drei Bedingungen sind im Begriff zu veralten, und in ihrer Kombination sind sie bereits überholt. Es kann der Versuch gemacht werden, mit Hilfe eines Vertrages die Kontrolle über die Kernwaffen in den Händen der „*beati possidentes*“ zu belassen. Er bedeutet aber nichts für China, vermutlich auch nichts für Frankreich und ebensowenig für diejenigen Nationen oder Gruppen von Nationen, die sich auf den chinesischen und französischen Präzedenzfall berufen werden. Wirtschaftliche Hilfe von der führenden Nation des jeweiligen Blocks wird in immer geringerem Maße benötigt werden. Schließlich wird auch die ideologische Führung immer häufiger angegriffen werden (wie es sich schon jetzt ankündigt). Menschen, die aufhören, Angst zu haben oder in Not zu sein, bleiben nicht von der ideologischen Überlegenheit anderer überzeugt.

Alle Anzeichen scheinen demnach auf eine Änderung der Weltordnung hinzudeuten. Wie immer stehen an der Spitze einer solchen Bewegung wirkliche Revolutionäre. In unseren Tagen wird diese Rolle von de Gaulle und Mao gespielt, die beide offen gegen die festgelegte Ordnung revoltiert haben. Was aber wirklich anzeigt, daß der Wind aus einer anderen Richtung weht, ist die Tatsache, daß das Weltsystem selbst die Veränderung des psychologischen, wenn auch noch nicht des politischen Klimas wahrnimmt. In verschiedenen Gebieten, als Reaktion auf verschiedene Arten von Druck, und mit verschiedenartiger Zielsetzung haben John F. Kennedy ebenso wie Johannes XXIII. und Nikita Chruschtschow kraftvolle Impulse dazu gegeben, die in der Welt seit dem Jahre 1947 herrschende Ordnung umzubilden.

VI.

In gewisser Hinsicht ist es ein tröstlicher Gedanke, daß innerhalb so kurzer Zeit und über ein so großes Gebiet des geographischen und geistigen Herrschaftsbereichs der Menschheit hinweg der Trend zu einer neuen Ordnung positiv aufgenommen worden ist. Die Gefahren, die mit einer lang hingezogenen Periode

der Veränderungen verknüpft sind, liegen klar auf der Hand. Wie Walpole, Metternich und Salisbury ebenso wie andere schon zu ihrer Zeit feststellten, kann es kaum zu irgendeiner Veränderung des internationalen Gleichgewichts kommen, ohne daß nicht auch gleichzeitig die Möglichkeit eines Krieges gegeben ist. In unseren Tagen würde eine derartige Möglichkeit so ungleich viel mehr furchtbare Zerstörungen und Not mit sich bringen, daß die Zeitspanne der Veränderung möglichst auf ein Minimum reduziert werden sollte.

Das erste und gefährlichste Resultat der Schwächung des Zwei-Block-Systems ist, wie ich bereits sagte, die „Atomisierung“ der internationalen Gesellschaft — oder wird es sein. Die kombinierte Wirkung von Nationalismus und Neutralismus — der beiden Kräfte, welche die Blöcke langsam zur Auflösung bringen — wird nicht nur in Südamerika und Afrika, im Mittleren Osten und Asien zu spüren sein, sondern auch in Europa selbst, und zwar sowohl in Ost- wie in Westeuropa. Das Beispiel Ungarns wird sich nicht leicht oder bald wiederholen lassen, aber das Beispiel Jugoslawiens oder Albaniens könnte leicht Nachahmer finden und zwar unter Bedingungen und Umständen, die nicht vorhersehbar sind. Die politische Ausrichtung Schwedens und Finnlands ebenso wie die der Schweiz und Österreichs könnte in Zusammenhang mit einer weltweiten ideologischen und politischen Entspannung eine größere Anziehungskraft gewinnen. Der Neutral-Nationalismus (die Theorie des Heils durch eigene Bemühungen oder, wie man sagen könnte, der moderne politische Protestantismus) wird die Barrieren der Hautfarbe, Rasse und Geographie überschreiten. Einheit ließe sich vielleicht eher in diesem Glaubensbekenntnis suchen, wie es von Tito und anderen vertreten wird, als in den geographisch-rassistischen Faktoren, wie es Sukarno vorschlägt. Und das mit Recht, weil Ideen ebenso wie Raketen nicht an Staatsgrenzen Halt machen. Wir werden in der Tat immer häufiger die (nicht immer mit Erfolg gekrönten) Versuche bestimmter Mächte beobachten können, jenseits desjenigen Bereichs zu agieren, der als ihre normale Einflußsphäre anzusehen ist — China in Südamerika, Kuba in Afrika, Frankreich in dem Teil Asiens, aus dem es vor zehn Jahren mit Gewalt vertrieben wurde.

Die Schlacht zwischen Gut und Böse findet weiterhin statt, jedoch mit weniger hell klingenden Fanfaren und mit gemäßigerem Alarmgeschrei. Eine offizielle Neutralität in dieser Schlacht wird jedoch nicht als beden-

lich angesehen. Dulles wurde, als er noch im Amt war und auch nachher, oft vorgeworfen, daß er den Neutralismus als unmoralisch brandmarken wolle. Er hätte tatsächlich das Wort «Hors de l'Eglise pas de salut» — es gibt kein Heil außerhalb der Kirche — zur Richtschnur nehmen können, eine durchaus berechtigte Vorschrift für die römisch-katholische Kirche während des offenen Kampfes gegen die Reformation, aber nach Meinung der Führer der Ökumenischen Bewegung weniger geeignet für eine religiöse Patt-Situation. Es kann jedoch auch gut möglich sein, daß Dulles in Übereinstimmung mit seiner Auffassung von der Weltordnung nicht so sehr gegen Neutralität war, weil er sie für unmoralisch hielt, sondern vielmehr weil er ihre ansteckende Wirkung erkannte.

Ebenso kann man nicht von der wahrscheinlichen Atomisierung der internationalen Gesellschaft darauf schließen, daß die Freiheit zu eigener Bewegung, die sie den kleinen und großen Mächten ermöglichen wird, an sich schlecht ist. In gewisser Hinsicht kann sie sogar wertvoll sein. Diese Freiheit der Bewegung birgt aber, wenn sie ihrer natürlichen Entwicklung überlassen wird, die Gefahr häufiger Kollisionen in sich. Im weltpolitischen System der fünfziger Jahre war das Kriegsrisiko begrenzt. Es war unwahrscheinlich, daß ein globaler Konflikt zufällig entstehen konnte, und es gab keine möglichen „agents provocateurs“. In Berlin, Korea, Vietnam und Ägypten wurde das langsame Hinaufschaukeln zum Kriege hin durch das stillschweigende Einverständnis der beiden Weltmächte verhindert. Es erscheint zweifelhaft, ob dies in einer Welt weiterhin so bleiben kann, in der fünf oder sechs weitere Atomkräfte existieren und in der außerdem der Mangel an Verantwortungsgefühl fast jedes Staates unzählige Anlässe zu Konflikten hervorrufen könnte.

Ich will mir nicht anmaßen, hier aufzuzeigen, nach welchen Gesichtspunkten die neue internationale Ordnung errichtet werden sollte, damit das Schlimmste verhütet werden kann, sondern möchte nur darauf hinweisen, daß die Hauptverantwortung für einen friedlichen und schnellen Übergang bei den gegenwärtigen Großmächten liegt. Es ist ihre Aufgabe, zu erkennen, daß die vordringlichste Forderung darin besteht, die Anzahl der unbekanntesten Faktoren in der internationalen Gleichung zu reduzieren. Sie sollten, wo und wann immer möglich, die Bildung von Einheiten fördern, die größer als die traditionellen Nationalstaaten (oder als die künstlichen in Afrika

und Lateinamerika geschaffenen Staaten) sind. Der Nutzen, den ein wirklich geeintes Europa für die Stabilisierung des Friedens und für die Verhinderung abenteuerlicher Unternehmungen in einem der anfälligsten Gebiete der Welt haben könnte, liegt heute für viele klar auf der Hand. Wir wollen hoffen, daß er eines Tages in Moskau ebenso klar erkannt wird wie heute in Washington. Ähnliche Lösungen sollten aufmerksam als späteres Ziel einer schrittweisen Entwicklung im Mittleren Osten oder in dem Gebiet, das sich vom malaiischen Archipel über Neuguinea bis zu den Philippinen erstreckt, ins Auge gefaßt werden.

Solange die Bildung derartiger größerer und verantwortungsbewußterer politischer Einheiten sich nicht vollzogen hat, sollten regionale Organisationen des Typs gefördert werden, der in der Charta der Vereinten Nationen empfohlen wird. Sie müßten in einem Maße gestärkt werden, daß sie in der Lage wären, in ihren jeweiligen Bereichen für die Erhaltung des Friedens zu sorgen: die NATO im nordatlantischen Raum und der Europarat in Europa, die Organisation Amerikanischer Staaten in Nord- und Südamerika, die Organisation für Afrikanische Einheit in Afrika und die SEATO in Südostasien. Bei einem Rückblick auf die Ereignisse auf Zypern kann niemand übersehen, wie nützlich eine starke regionale europäische Organisation hätte sein können, um sowohl die kurzfristige als auch die langfristige Krise beizulegen.

Vom realistischen Standpunkt aus muß jedoch zugegeben werden, daß den Bemühungen, Macht und dadurch Verantwortung in verschiedenen Gruppierungen von Nationen zu konzentrieren, um so die Möglichkeiten der Anarchie in der Welt zu verringern, offensichtliche Grenzen gesetzt sind. Könnten die Vereinten Nationen dabei mithelfen, etwas Ordnung in diese restliche Anarchie zu bringen? Die Antwort auf diese Frage muß lauten — wie es auch der amerikanische Außenminister Rusk in seiner Rede an der Columbia-

Universität im letzten Januar betonte —, daß die Vereinten Nationen in ihrer gegenwärtigen Form, gegründet auf die juristische Fiktion gleicher Rechte und gleicher Pflichten für jeden einzelnen Mitgliedstaat und ohne verfügbare Hilfsmittel für die Erzwingung irgendeiner Art von Ordnung, in der Praxis stattdessen gerade die Anarchie in einer Gemeinschaft fördern, die sich aus einer Vielheit von Staaten ohne Verantwortung zusammensetzt.

Die Bemühungen, den friedenserhaltenden Mechanismus der Vereinten Nationen, so wie es Außenminister Rusk vorschlug, zu verbessern, gewinnen daher lebenswichtige Bedeutung. In der Tat läßt es sich schwer absehen, wie die Weltordnung in der zweiten Hälfte der sechziger und Anfang der siebziger Jahre aufrechterhalten werden soll, wenn die Vereinten Nationen nicht einer gründlichen Überholung unterzogen werden. Es ist durchaus nicht undenkbar, daß die beiden gegenwärtigen Supermächte eines Tages in der Überzeugung übereinstimmen können, daß eine Stärkung der Vereinten Nationen im beiderseitigen Interesse liegen könnte, so daß diese ihnen dabei helfen könnten, die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens zu tragen, zu deren Übernahme die beiden Großmächte nicht länger in der Lage sind. Es könnte durchaus ihrem eigenen Vorteil dienen (wie Außenminister Rusks Vorschlag zeigt, das Prestige und die Macht des Sicherheitsrats und insbesondere der Länder mit dauerndem Sitz darin zu erhöhen), wenn sie einige ihrer Funktionen an andere Länder oder Gruppen delegieren, damit diese ihrerseits einen Anteil an der Last der Supermächte in der Weltarena mit übernehmen, wenngleich sie deren wirkliche Stärke — nach den Maßstäben des Raketenzeitalters — wahrscheinlich nicht erreichen werden. Wenn es dazu kommen sollte, brauchte die zukünftige Organisation der Welt im Prinzip gar nicht sehr von der Organisationsform abzuweichen, die vor zwanzig Jahren in Dumbarton Oaks von den Siegern des zweiten Weltkrieges entworfen wurde.

Die Sowjetunion und Europa

I.

Die sowjetische Einstellung zur Entwicklung der europäischen Einheit ist sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich durch ihren ambivalenten Charakter gekennzeichnet. Der Kreml hat sich außerstande gezeigt, die europäische Bewegung richtig einzuschätzen, und wechselte daher von einer Reaktion zur anderen über. In der Zwischenzeit schufen die Veränderungen innerhalb der kommunistischen Welt, die durch die chinesisch-sowjetische Spaltung noch verstärkt wurden, die Voraussetzungen für ein neues geschichtliches Verhältnis zwischen den westlichen und den östlichen Teilen des alten Kontinents.

II.

Der Vertrag von Rom, der EURATOM und den Gemeinsamen Markt ins Leben rief, wurde am 25. März 1957 unterzeichnet. Er stellte keine plötzliche Maßnahme dar. Als Ergebnis jahrelanger Diskussionen und ausgedehnter Verhandlungen bildete er den Schlußpunkt der Bemühungen, die mit dem Marshall-Plan Ende der vierziger Jahre ihren Anfang genommen hatten. Trotz dieser langwierigen Vorbereitungszeit waren die sowjetischen Führer jedoch zunächst offenbar nicht in der Lage, die volle Bedeutung des Gemeinsamen Marktes zu erkennen, und ihre Reaktion darauf zeichnete sich infolgedessen durch ein hohes Maß an Verwirrung und Inkonsequenz aus.

In den seither verstrichenen sieben Jahren unterzogen die Sowjets ihre Analyse der europäischen Entwicklungen, des Gemeinsamen Marktes, der Rolle der Vereinigten Staaten, des Wiederaufstiegs Frankreichs und des neuen deutsch-französischen Verhältnisses verschiedenen radikalen Revisionen; diese wurden zum Teil durch den schnellen Fluß der Ereignisse erforderlich. Es wäre falsch, zu behaupten, daß Flexibilität in der Analyse an sich schon einen Beweis für die Unzulänglichkeit der ursprünglichen Analyse darstellt. Sowjetische Äußerungen lassen aber auch die Tatsache erkennen, daß die für die Planung der sowjetischen Politik Verantwortlichen sich große Mühe geben mußten, um die Auswirkungen der neuen Realität richtig zu ermes- sen, die sich irgendwie in ihre ideologisch ausgerichteten Kategorien einpassen ließ.

Eine Untersuchung der wesentlichen sowjetischen Erklärungen und, was noch wichtiger ist, der Diskussionen in den seriösen sowjetischen außenpolitischen Organen zeigt, daß man die Entwicklung und Revision des sowjetischen Denkens unter vier aufeinander folgende Grundgedanken gruppieren kann, von denen sich jeder natürlich mit dem nächsten in gewissem Umfang überschneidet. Dieser letztere Hinweis ist deshalb wichtig, weil es irreführend wäre, zu behaupten, daß zu irgendeiner Zeit die sowjetische Einstellung fest und absolut starr gewesen wäre; innerhalb eines bestimmten breiten Spektrums fand die Diskussion fortlaufend statt.

So läßt sich allgemein sagen, daß unmittelbar vor der Unterzeichnung des Vertrages und eine Weile danach die sowjetischen Sprecher mit besonderem Nachdruck den Gedanken vertraten, daß politisch gesehen der Gemeinsame Markt ein amerikanisches Komplott zum Zwecke der Unterordnung Europas darstelle und daß er wirtschaftlich gesehen ohne Bedeutung sei. Ende der fünfziger Jahre verlagerte sich die Betonung auf die von Deutschland verkörperte politische Drohung (oder als Variante auf die Gefahr einer gemeinsamen amerikanisch-deutschen Hegemonie), während vom wirtschaftlichen Standpunkt aus der Gemeinsame Markt eine ambivalente Wertung erfuhr — er wurde nicht mehr einfach als unbedeutendes Nichts beiseite geschoben, aber andererseits noch nicht ganz ernst genommen. Anfang der sechziger Jahre war die politische Analyse von Unsicherheit gekennzeichnet, insbesondere hinsichtlich der Definition der sowjetischen Einstellung zur britischen Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt; wirtschaftlich gesehen wurde die Ambivalenz aber durch eine bestenfalls nur leicht verschleierte Furcht vor den Auswirkungen des Gemeinsamen Marktes auf die kommunistische Welt ersetzt. Schließlich begann die politische Analyse seit Mitte des Jahres 1962 die hauptsächlich Betonung auf die deutsch-französische Drohung zu legen, während die wirtschaftlichen Analysen jede offene Bekundung „imperialistischer Widersprüche“ begrüßten.

Im Juni 1957 veröffentlichte das maßgebende Moskauer Institut für Weltwirtschaft und

Internationale Beziehungen seine grundlegenden Thesen „Über die Schaffung des Gemeinsamen Markts und EURATOMS“, in welchen es kategorisch die von einigen Förderern des Gemeinsamen Markts vorgebrachte Idee als illusorische Hoffnung abtat, daß er Europa schließlich einmal von Amerika unabhängig machen würde. Außerdem wurde er von sowjetischen Beobachtern, die in den maßgeblichen „International Affairs“ schrieben, als Ausdruck einer ihm innewohnenden kapitalistischen Tendenz zur Ausübung der Herrschaft „durch eine führende imperialistische Macht über andere“ und als Weg zur „amerikanischen Vormundschaft über Frankreich und ganz Westeuropa“ bezeichnet. Als Ergebnis würden die westeuropäischen Länder jeder Möglichkeit „beraubt“, eine unabhängige Wirtschaftspolitik zu betreiben. Der Vertrag wurde als „eines der wichtigsten Glieder in der Kette der wirtschaftlichen und politischen Unterordnung Europas unter die aggressiven Pläne des amerikanischen Monopolkapitalismus“ definiert. Die Autoren, die damit zum ersten Mal einen Gedankengang erwähnten, der später die Hauptrolle spielen sollte, wiesen aber warnend darauf hin, daß auf lange Sicht gesehen Westdeutschland der Nutznießer des Vertrages sein würde.

Bemerkenswert wenig Aufmerksamkeit wurde den wirtschaftlichen Gesichtspunkten gewidmet. Zum Beispiel wurde auf einer gemeinsamen Sitzung des Redaktionsstabes von „International Affairs“ und der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Akademie für Politökonomie des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im April 1958, die sich mit dem Thema „Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in der kapitalistischen Welt“ beschäftigte, der Gemeinsame Markt nur gerade eben am Rande und ganz flüchtig erwähnt, während sich das Interesse vielmehr auf die ideologisch befriedigendere Frage der „Verschärfung der Widersprüche“ in Westeuropa konzentrierte. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß diese Widersprüche von ihrem Ursprung her unlösbar waren und daß der Gemeinsame Markt an ihnen scheitern würde.

Zum Teil aus taktischen Gründen und zum Teil vielleicht auch aus echter Besorgnis heraus hatte die Sowjetunion von 1958 an auch den Gedanken der deutschen Überlegenheit in Westeuropa zu betonen begonnen. Es war nicht überraschend, daß diese Warnungen am häufigsten an Frankreich adressiert wurden, in Übereinstimmung mit der allgemeinen Stoßrichtung der sowjetischen Propaganda von dem Augenblick an, als der Westen Anfang

der fünfziger Jahre begonnen hatte, die deutsche Wiederbewaffnung in Gang zu bringen. Der Gemeinsame Markt wurde immer stärker als eine gemeinsame amerikanisch-deutsche Verschwörung dargestellt, die besonders darauf abgestellt war, die Unterordnung Frankreichs herbeizuführen. In sowjetischen Zeitschriften erschienen zahlreiche Artikel, die „bewiesen“, daß westdeutsche Monopole ihren Einflußbereich über ganz Westeuropa erstreckten und damit den amerikanischen Versuch unterstützten, die politische Oberherrschaft zu erringen. Hinsichtlich der französischen Interessen wurde entweder erklärt, daß diese von den verantwortungslosen führenden Klassen Frankreichs geopfert wurden oder daß sie diesem überwältigenden Ansturm gegenüber machtlos waren. Das dauernde Leitmotiv bestand in der Behauptung, daß die französischen und die deutschen nationalen Interessen miteinander unvereinbar seien. Sogar nachdem General de Gaulle an die Macht gekommen war, blieb dies die herrschende Ansicht. Einige sowjetische Kommentatoren räumten allmählich ein, daß die deutschen und französischen „Bourgeoisien“ gewisse gemeinsame Interessen hätten, daß außerhalb der französischen kommunistischen Partei „keine politische Gruppe von irgendwelcher Bedeutung in Frankreich existiert, die eine Beendigung der Bündnispolitik mit dem deutschen Militarismus fordert“, und daß die französische Großindustrie vielleicht sogar einigen vorübergehenden Nutzen aus einer solchen Annäherung ziehen könnte. Die Argumentation stützte sich aber im allgemeinen auf die grundsätzliche Behauptung, daß Frankreich der Juniorpartner Westdeutschlands werde und daß dies angesichts der wirtschaftlichen Machtkonstellation unvermeidlich sei.

Die frühere verächtliche Nichtbeachtung der wirtschaftlichen Bedeutung des Gemeinsamen Markts wich schrittweise einem größeren, wenn auch ziemlich ambivalenten Interesse. Innere wirtschaftliche Schwierigkeiten wurden mit Schadenfreude diskutiert und viel Aufmerksamkeit wurde dem Interessenkonflikt zwischen EWG und EFTA gewidmet. Dieser Konflikt diente der Untermauerung der ursprünglichen Behauptung, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus das Unternehmen mit Sicherheit fehlschlagen mußte. In nicht ganz konsequenter Weise allerdings und zweifellos im Gegensatz zu der im Jahre 1957 vom Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen durchgeführten Analyse tauchte Ende 1959 das Thema der europäisch-amerikanischen wirtschaftlichen Konkurrenz auf.

Obwohl von Frankreich und Deutschland weiterhin gesagt wurde, daß sie sich in einem fundamentalen wirtschaftlichen Konflikt miteinander befanden, betrachtete man sie nunmehr bereits als die Gruppe, die gemeinsam die amerikanische Vorrangstellung herausforderte; und die „Prawda“ bezeichnete am 12. Dezember 1959 die Mission von Staatssekretär Dillon in Europa als das Bemühen, die westeuropäischen Versuche, „den Lauf der amerikanischen wirtschaftlichen ‚Lenkung‘ etwas abzuschwächen, zunichte zu machen“. In dieser Weise wurde die als unmöglich bezeichnete westeuropäische wirtschaftliche Einheit paradoxerweise als eine Kraft dargestellt, welche die amerikanische wirtschaftliche Führungsrolle attackierte, von der wiederum behauptet wurde, daß sie durch die amerikanischen Bemühungen zur Förderung der besagten europäischen Einheit verstärkt worden war.

Innerhalb eines Jahres wurde sodann die ursprüngliche Theorie von der amerikanischen Führungsrolle offiziell begraben. Im September 1960 schrieb ein Mitarbeiter von „International Affairs“, daß „unter den gegenwärtigen Bedingungen die bisherige amerikanische Einstellung zu den wirtschaftlichen Problemen Westeuropas, nämlich nur mit dem Blick auf die Möglichkeiten zur Verstärkung des militärischen NATO-Blocks, unverkennbar überholt ist. Die Vereinigten Staaten haben die Kontrolle über den Verlauf der wirtschaftlichen Integration Westeuropas verloren.“ Diese Interpretation wurde ein Jahr später durch Chruschtschows Äußerung vor dem 22. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur offiziellen Deutung, als er erklärte, daß die Vereinigten Staaten ihre „absolute Überlegenheit“ in der Wirtschaft der kapitalistischen Welt verloren hätten und daß dieser Abstieg, den England und Frankreich ebenfalls mitmachten, sein Gegengewicht in der wachsenden Macht Westdeutschlands und Japans habe. Die politischen Auswirkungen scheinen jedoch den sowjetischen Führern nur ganz unklar gewesen zu sein. Chruschtschow, der die Hoffnung auf Kriege innerhalb der imperialistischen Welt aufgegeben hatte, betonte nach wie vor die sich verstärkenden Widersprüche, während er gleichzeitig vom Abstieg der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs sprach.

Der entscheidende Punkt der politischen Ungewißheit lag in dem Problem der britischen Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt. Da das ganze Vorhaben als ein imperialistisches Komplott dargestellt wurde — zunächst rein ameri-

kanischen Ursprungs und dann mehr und mehr von der deutsch-französischen Bourgeoisie übernommen —, fiel es den sowjetischen Führern schwer, sich zum Beitritt anderer Nationen positiv auszusprechen. Überdies begrüßte der Kreml instinktiv den Konflikt zwischen der EWG und der EFTA und fürchtete, daß der Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt automatisch das Ende dieses speziellen „imperialistischen Widerspruchs“ bedeuten würde. Gleichzeitig waren die sowjetischen Führer aber aufrichtig darüber in Sorge, daß die relative Verringerung der amerikanischen Macht ein entsprechendes Anwachsen des Einflusses Deutschlands oder möglicherweise einer deutsch-französischen Allianz mit sich bringen konnte, wodurch der Gemeinsame Markt einen verstärkt antisowjetischen Charakter erhalten mußte. Sie hatten ohne Zweifel das Gefühl, daß die deutschen Bestrebungen vermutlich in direkterer Weise mit den sowjetischen Zielen in Konflikt geraten würden als der mehr defensive amerikanische und britische Wunsch, eine atlantische Gemeinschaft mit der Elbe als östliche Begrenzung zu errichten.

Die sowjetischen Führer wurden dementsprechend von widersprüchlichen Überlegungen hin- und hergerissen. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mußte Englands Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt ein weiterer Gegenbeweis gegen die Prämissen der sowjetischen ideologischen Sicht sein; die Mitgliedschaft mußte eine noch stärkere wirtschaftliche „kapitalistische“ Welt abrunden, und sie hatte mit Sicherheit eine weitere negative Auswirkung auf den Handel der Sowjets und des kommunistischen Osteuropas. In einem noch allgemeineren Sinne mußte sie die historisch begründete Anziehungskraft der Einheit Europas verstärken, und dies war eine Überlegung, die Moskau angesichts der revisionistischen Einstellung unter der osteuropäischen und sogar der russischen Jugend nicht völlig außer acht lassen konnte. Mitte 1962 scheinen die sowjetischen Führer erkannt zu haben, daß der Gemeinsame Markt eine Realität war, und sie begannen nunmehr — vielleicht als Überkompensierung ihres bisherigen Glaubens an seine „unlösbaren Widersprüche“ — von ihm als einem mächtigen und gefährlichen Instrument imperialistischer Aggression zu sprechen. In diesem Licht war jede weitere Ausweitung des Gemeinsamen Markts unwillkommen. Gleichzeitig konnte jedoch auch etwas gewonnen werden, wenn England beitrug. Es wurde dadurch ein Gegengewicht zu Deutschland geschaffen; ein einschränkendes, vielleicht so-

gar pazifistisches Element konnte (nach der Argumentation der Sowjets) Eingang in die politischen Beratungsgremien des Gemeinsamen Markts finden, und — ein offenbar günstiger Faktor — die ganze politische Struktur wurde dadurch komplizierter. Als Moskau verspätet zu erkennen begann, daß sich eine deutsch-französische Achse bildete, sah es so aus, als könne England ein gutes Gegengewicht bilden¹⁾.

Dieser Ambivalenz hinsichtlich der politischen Rolle Englands im Gemeinsamen Markt entsprach die wachsende Besorgnis über die wirtschaftliche Bedeutung der Organisation, und beide zusammen führten zu einer sehr unklaren allgemeinen Einstellung. Im Mai 1962 unternahm Chruschtschow einen heftigen Angriff gegen den Gemeinsamen Markt und drängte darauf, daß eine internationale Konferenz zusammengerufen werde, um statt des Gemeinsamen Markts eine weltweite Handelsorganisation ins Leben zu rufen, welcher der kommunistische Block angehören würde. Es bestand also kaum mehr Zweifel darüber, daß der Gemeinsame Markt nunmehr ernst genommen wurde und nicht nur als direkte Drohung gegen die kommunistische Welt, sondern auch als wirksamer Mechanismus für die Schaffung engerer Beziehungen zwischen der westlichen Welt und den Entwicklungsländern gedeutet wurde. Kurz darauf veröffentlichte neue Aufsätze des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen erkannten widerwillig an — obwohl sie nach wie vor über den „Wirrwarr imperialistischer Widersprüche“ sprachen und nun auch die französischen und deutschen Ansprüche auf die Führung in Europa zur Kenntnis nahmen —, daß der Gemeinsame Markt „einen Antriebsfaktor für die Erhöhung des Produktionsvolumens und des Volumens von Binnen- und Außenhandel“ geben konnte. In diesem Zusammenhang wurde eine starke Befürwortung des Prinzips der Meistbegünstigungsklausel vorgebracht²⁾. Diese Vorschläge wurden sichtlich nicht mehr aus einer Position wirtschaftlicher Stärke heraus gemacht.

1) Einige sowjetische Beobachter gingen sogar so weit, ihre früheren Warnungen über die „deutsche Hegemonie“ zu negieren und statt dessen über die „französische Hegemonie in Westeuropa“ zu sprechen. Vgl. z. B. Lemin: Europäische Integration. Einige Ergebnisse und Perspektiven, in: *Mirowaja Ekonomika i Meshdunarodnije Otnoschenija*, Teil II, Mai 1962, S. 42—55; und V. Tscherpakow: Der Gemeinsame Markt — Ein Instrument für die Intensivierung monopolistischer Unterdrückung und Aggression, in: *Kommunist*, Mai 1962, 22—35.

Der sowjetische Optimismus erhielt neuen Auftrieb durch General de Gaulles Pressekonferenz am 14. Januar 1963. Sowjetischerseits wurde triumphierend darauf hingewiesen, daß „dies bestätigt, was die Marxisten immer schon gesagt haben; unter der dünnen Kruste der ‚atlantischen Einheit‘ brodelt die heiße Lava der imperialistischen Widersprüche.“ Für den Augenblick wurden die Befürchtungen vor dem deutsch-französischen Imperialismus beiseite geschoben und der Vorfall als erneuter Beweis des unvermeidlichen Abstiegs des Westens angesehen. Die Dinge wurden so dargestellt, als stehe das gesamte westliche Bündnis auf dem Spiel und, während die sowjetische Berichterstattung im ganzen in mitfühlenden Worten zu der mißlichen britischen Lage Stellung nahm, war die dominierende Tonart der Berichte eindeutig jubilierend. Es ließen sich aber auch einige ernstere Stimmen vernehmen, und es dauerte nicht lange, bis Moskau feststellte, daß sich nicht viel wirklich grundlegend geändert hatte, daß die wirtschaftliche Drohung weiterbestand und daß in bestimmter Hinsicht das politische Bild bedenklicher geworden war. W. Nekrasow wies in der „Iswestija“ warnend darauf hin, daß der Ausschluß Englands die Umwandlung des Gemeinsamen Markts in einen politisch-militärischen Block erleichtern würde (wobei das Thema der Widersprüche stillschweigend übergegangen wurde), und Mitte des Jahres richtete Moskau dringende Aufforderungen an Paris (vgl. die Sowjetnote vom 17. Mai 1963), die atomare Bewaffnung Westdeutschlands nicht zu fördern, wobei ohne jedes Schamgefühl an den Stolz der Franzosen appelliert wurde, die kurz zuvor noch als Vasallen Deutschlands dargestellt worden waren: „Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß im Falle eines gemeinsamen Handelns der Sowjetunion und Frankreichs, der beiden größten Mächte des europäischen Kontinents, hinsichtlich der grundlegenden Probleme, von denen die Zukunft Europas abhängt, sich keine Kräfte erheben

2) *Prawda* vom 26. August 1962. Eine mehr ideologische und auch übersimplifizierte Wiederholung dieser Gedanken findet sich bei W. Gantman: Die imperialistische Integration und die internationalen Beziehungen, in: *Kommunist*, November 1962, S. 96—107. Vgl. auch das Protokoll der Moskauer Konferenz über den Zeitgenössischen Kapitalismus im Sommer 1962, veröffentlicht in *Mirowaja Ekonomika i Meshdunarodnije Otnoschenija*, November und Dezember 1962, S. 54—71 und 50—79, das ein interessantes Licht auf die Rolle der nicht-russischen Marxisten hinsichtlich der von ihnen vermittelten Aufklärung ihrer russischen Kollegen über europäische Angelegenheiten wirft.

und den Versuch zu einer Neuordnung der europäischen Landkarte machen könnten.“ Das Umschalten von der Verachtung zur Schmeichelei wurde sowohl durch die Auswirkung des Gemeinsamen Markts auf den Osten als auch durch das Wiedererscheinen einer französischen Außenpolitik verursacht.

Die vorstehende Diskussion läßt erkennen, daß die Sowjets durch die folgenden Faktoren daran gehindert wurden, eine klare Vorstellung vom Gemeinsamen Markt zu bekommen: 1. die ideologische Starrheit, mit ihrer starken Betonung der dem Kapitalismus „innewohnenden“ wirtschaftlichen Widersprüche; 2. die Annahme, daß alte nationale Feindseligkeiten in Europa von Dauer sein würden, insbesondere die zwischen Frankreich und Deutschland; 3. der unablässige Blick auf die amerikanische Position in Europa und die daraus resultierende Tendenz, alles im Verhältnis zu dieser Position zu beurteilen; 4. die Überschätzung der Bedeutung des Scheiterns der EVG und als Ergebnis daraus der Glaube, daß die EWG ebenfalls scheitern würde; und 5. eine allgemeine Unkenntnis der Entwicklungen im Westen, die durch den Mangel an persönlichen Kontakten und das unzulängliche Verständnis für die herrschenden Strömungen des westlichen Denkens entstanden war und das Ergebnis vieler Jahre selbst auferlegter Isolierung darstellte.

III.

Wenn Anzeichen sowjetischer Schwäche und Besorgnis im Bereich der Politik und Ideologie bereits erkennbar waren, so war dies noch klarer und auch noch berechtigter im wirtschaftlichen Sektor der Fall. Es war einfach eine Tatsache, daß der Handel mit Westeuropa für die kommunistischen Länder wichtiger als für Westeuropa war, und die Entwicklung des Gemeinsamen Markts mit seinen internen Zollvereinbarungen und neuen internen Handelssystemen bedeutete somit eine schwere Bedrohung. Das Mittel, das gewählt wurde, um ihr entgegenzutreten, war die Stärkung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON), einer lange Zeit nicht aktiven stalinistischen Organisation der osteuropäischen Länder und der Sowjetunion, die Mitte der fünfziger Jahre neu belebt worden war, um einen Ausgleich für das Nachlassen der direkten politischen Kontrolle der Sowjets über die Satelliten zu bilden. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe sah sich der Situation gegenüber, daß sein Handel mit der

EWG einen 2,3 mal höheren Prozentsatz seines gesamten Handels ausmachte als der entsprechende Prozentsatz des Handels der EWG mit den COMECON-Ländern im Verhältnis zum Gesamthandel der EWG. Es kam hinzu, daß der Handel einiger kommunistischer Länder mit dem Gemeinsamen Markt — obwohl innerhalb ihres gesamten Handels nur unbedeutend — doch einen wesentlichen Teil ihrer Außenhandelsbeziehungen mit der „kapitalistischen“ Welt darstellte und eine Hauptquelle für harte Währungen war.

Auf Grund dieser Gedankengänge fürchteten die kommunistischen Führer die Auswirkungen der Zollsenkung zwischen den Ländern des Gemeinsamen Markts im Zusammenwirken mit der Einführung einheitlicher Zollschranken für Nicht-Mitgliedstaaten. Sie befürchteten außerdem, daß das Bemühen, eine gemeinsame Agrarpolitik zu schaffen, die zur Selbstversorgung hinführen sollte, die Exporte einiger der osteuropäischen Länder ungünstig beeinflussen würde. Schließlich war ihnen der Gedanke unangenehm, daß der Versuch, eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Nichtmitgliedern zu entwerfen, der wirtschaftlichen Gemeinschaft in den Ländern des Gemeinsamen Markts einen neuen Ansatzpunkt für ihre Geschäfte mit dem Osten geben konnte. Dies wurde offen von einer polnischen Zeitschrift im August 1963 zugegeben: „Eine gemeinsame Handelspolitik der Länder des Gemeinsamen Markts schafft die Möglichkeit einer gleichzeitigen Sperrung der Einfuhren und Ausfuhren durch alle sechs Mitgliedstaaten. Man braucht sich nur an das Embargo in der kürzlichen Periode des Kalten Krieges zu erinnern, um die ganze in dieser Absicht der Länder des Gemeinsamen Markts enthaltene Gefahr zu erkennen.“³⁾

Nach außen bestand die sowjetische Reaktion auf die wirtschaftlichen Auswirkungen des Gemeinsamen Markts darin, gegen ihn als politische und wirtschaftliche Verschwörung

3) Vermutlich auf Grund dieser Furcht zeigten einige kommunistische Sprecher Interesse für einen Versuchsballon, der im Spätsommer 1963 von dem österreichischen Außenminister Kreisky lanciert worden war und ein Handelsübereinkommen zwischen EFTA und COMECON vorschlug (vgl. Rynki Zagraniczne, 14. September 1963). Im September 1963 unternahm die EWG ihren ersten gemeinsamen Zollvorstoß gegenüber der Sowjetunion mit der Forderung nach sowjetischer Annahme der EWG-Zölle und dem gleichzeitigen Angebot der Vorteile der internen EWG-Zölle für vier sowjetische Ausfuhrgüter (vgl. Le Monde, wöchentliche Ausgabe, 17.—23. Oktober 1963).

zu wettern. Die wesentliche sachliche Reaktion, die im Jahre 1960 einsetzte, bestand in der Beschleunigung der Bemühungen, den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe auszubauen. Unter seinen Anweisungen wurde eine wirtschaftliche Spezialisierung in verschiedenen Zweigen der Schwerindustrie der Mitgliedstaaten eingeführt; die vorbereitenden Schritte wurden getan, um allgemeine Richtlinien für die nationale wirtschaftliche Planung über einen Zeitraum von zwanzig Jahren hinweg aufzustellen; und nach langer Verzögerung wurden auch multilaterale wirtschaftliche Institutionen ins Leben gerufen. Die Arbeiten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der bis dahin im wesentlichen eine ad-hoc-Organisation gewesen war, wurden außerdem festen Regeln unterworfen und institutionalisiert, und es wurde eine formelle Charta verlautbart, die Aufgaben und Arbeitsweise näher darlegte. Im Oktober 1963 kam es zur Unterzeichnung eines COMECON-Übereinkommens, durch welches eine Verrechnungsbank auf der Basis des Goldrubels gegründet wurde (ein Schema, das offensichtlich das westliche Beispiel nachahmte). Außerdem machte man systematische Anstrengungen, um die notwendigen statistischen Unterlagen für eine erfolgreiche gemeinsame Planung zu schaffen (dies war angesichts des Nichtvorhandenseins eines Marktsystems von besonderer Bedeutung), und es wurden verschiedene multilaterale wirtschaftliche Projekte, z. B. in bezug auf gemeinsame Erdölleitungen, Eisenbahnmateriale, Fernmeldekabel usw. in Angriff genommen.

Die Anstrengungen in Richtung auf eine wirtschaftlich „rationelle“ Spezialisierung hin erwiesen sich jedoch bald als unvereinbar mit den spezifischen nationalen Interessen im Sowjetblock angesichts der weitgehenden Verschiedenheit des Niveaus der industriellen Entwicklung und Leistungsfähigkeit. Wenn das Prinzip rigoros angewandt wurde, mußte es zwangsläufig den industriell weiter entwickelten Ländern wie z. B. der Sowjetunion, der „DDR“ und der Tschechoslowakei Vorteile bringen. Infolgedessen fand die Maßnahme Widerstand innerhalb der weniger weit entwickelten Länder und insbesondere in Rumänien, das günstige Möglichkeiten für seine eigene wirtschaftliche Entwicklung sah. Ein rumänischer Sprecher äußerte dazu: „Ebenso wie im inneren Bereich ein absolutes Kriterium der Leistungsfähigkeit nicht akzeptiert werden kann, so kann im Bereich der Spezialisierung und Zusammenarbeit zwischen den

sozialistischen Ländern die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Rentabilität nicht als das ausschließliche Kriterium hingenommen werden, auf Grund dessen neue wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen sind.“ Darüber hinaus erklärte er: „Der Aufbau des Kommunismus auf weltweiter Ebene ist unvereinbar mit der Vorstellung von einer Aufteilung der Länder in Industriestaaten und Agrarstaaten, in entwickelte und unterentwickelte Länder.“⁴⁾

Zwei Faktoren machten die Zurückweisung der von Rumänien vorgebrachten Argumentation schwierig. Der eine war die Entwicklung des Gemeinsamen Markts, welcher einerseits die schnelle industrielle Entwicklung verhältnismäßig rückständiger Länder wie z. B. Italiens mit sich brachte (und damit einen störenden Präzedenzfall schuf) und andererseits die Rumänen mit verlockenden Handelsvereinbarungen konfrontieren konnte (die Franzosen zeigten z. B. schon Interesse am Ausbau der rumänischen Ölindustrie). Der andere Faktor war das Anwachsen der inneren Schwierigkeiten innerhalb der kommunistischen Welt. In ihren Angriffen gegen Moskau brachten die Chinesen betont die Frage der unterschiedlich zubilligten wirtschaftlichen Entwicklung auf, und die Rumänen druckten diese Überlegungen demonstrativ in ihrer eigenen Presse ab. Auch hier mußte zwangsläufig die Fähigkeit des Gemeinsamen Markts, ähnliche Probleme zu lösen, einen Einfluß auf die kommunistischen Diskussionen ausüben. Es kann in der Tat vermutet werden, daß die Empörung der chinesischen Führer über das Ausbleiben angemessener sowjetischer Hilfe für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas durch den Anblick der umfangreichen und wirkungsvollen amerikanischen Hilfe für Europa zusätzliche Nahrung erhielt. Der hieraus resultierende eindrucksvolle Wiederaufstieg Europas bildete einen scharfen Kontrast zu den fortwährenden chinesischen Mißerfolgen und zu dem von den Sowjets an den Tag gelegten Mangel an Interesse und trug auf diese Weise zu der inneren kommunistischen Entzweiung bei.

Die wirtschaftliche und ideologische Auswirkung des Gemeinsamen Markts war somit ein Angriff gegen die grundlegenden Argumente der Kommunisten, daß der Schlüssel zur Zukunft in ihren Händen liege. Es gab außerdem auch politische Faktoren, die sie dazu brach-

4) I. Rachmuth: Die Bedeutung der Schaffung eines Entwicklungstempos, durch das der wirtschaftliche Fortschritt in allen sozialistischen Ländern gleichmäßig erfolgt, in: Probleme Economice, Bukarest, Juli 1963.

ten, der neuen Kraft Westeuropas mehr Aufmerksamkeit zu widmen, darunter ihr Mißerfolg, in der Berlin-Frage eine Lösung zu ihren Gunsten herbeizuführen, ebenso wie auch das schrittweise Wiederauftauchen Frankreichs als unabhängige europäische Macht.

IV.

Die politische Herausforderung wurde durch de Gaulle verkörpert und fand ihren Ausdruck in seiner selbstsicheren Verfolgung einer unabhängigen französischen Europapolitik. Hinsichtlich ihrer kurzfristigen Ziele warf diese Politik die unmittelbare Frage nach der Organisation und Verteilung der Macht im Westen auf; in bezug auf die langfristigen Planungen erforderte sie eine Definition des neuen Verhältnisses zum Osten. Bis zum Jahre 1963 hatten sich die Umriss des erstgenannten Problems klar herausgeschält, während das letztere allmählich Gestalt gewann, wenn auch vorerst nur versuchsweise.

de Gaulles Politik im Westen stützte sich auf sein Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der neuen Wirtschaftsstruktur Westeuropas und auf die Fähigkeit der Vereinigten Staaten, die Sowjets durch Abschreckung an jeder gegen Westeuropa gerichteten militärischen Aktion zu hindern. Wenn man sagen kann, daß die grundlegende Motivierung des Handelns in Europa Ende der vierziger Jahre in der Furcht vor einer sowjetischen Aggression zu sehen gewesen war, so bestand sie statt dessen Anfang der sechziger Jahre im Selbstvertrauen. Von diesem Ausgangspunkt drängte de Gaulle beständig auf eine Verringerung des amerikanischen politischen Einflusses auf dem Kontinent und auf seinen Ersatz durch das deutsch-französische Einvernehmen. Angesichts der der deutschen Wiederbewaffnung auferlegten Beschränkung und, noch wichtiger, der damit angesprochenen moralischen und politischen Faktoren konnte er mit Recht von der Vorstellung ausgehen, daß in diesem Verhältnis die politische (und vielleicht auch militärische) Führung unzweifelhaft Frankreich zufallen würde. Um dies sicherzustellen und auch, um Europas Einfluß auf die amerikanische Militärpolitik zu verstärken (zumindest bis zu der Fähigkeit, die Miteinbeziehung der Vereinigten Staaten auch gegen deren eigenen Wunsch erzwingen zu können), unternahm es de Gaulle, Frankreich in eine Atommacht umzuwandeln. Seiner Meinung nach bot die Bedeutung dieses Vorhabens auf lange Sicht mehr als ausreichenden Ersatz für die vorübergehende Isolierung und sogar für die dadurch verursachte Unpopu-

larität Frankreichs. Nur auf diese Weise konnte er die anglo-amerikanische Vorstellung von einer atlantischen Gemeinschaft zunichte machen, in der, so wie er es sah, die politische und militärische Macht fast völlig unter der Kontrolle von Washington und London stand. Ein eng integriertes Westeuropa, das einer solchen Kontrolle „von außen“ unterworfen wurde, mußte ein Europa „ohne Seele, ohne Rückgrat und ohne Wurzeln“ und „einer oder der anderen der beiden ausländischen Hegemonien“ untergeordnet sein, wie er am 28. September 1963 erklärte.

Infolgedessen mußte seiner Ansicht nach ein solches Europa das Werkzeug der beiden Supermächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, werden, die damals in der Tat in Europa keine miteinander unvereinbaren Interessen hatten. Es schien, das Moskau nicht mehr damit rechnete (zumindest nicht in der nahen Zukunft), das übrige Europa schlucken zu können, und damit zufrieden war, an der Elbe stehen zu bleiben und eifrig sein rückwärtiges Gebiet zu konsolidieren. Trotz allem, was seine Führer darüber sagten, nahm Amerika diese Teilung hin. de Gaulle äußerte seine Überzeugung hinsichtlich dieser Tatsache ganz offen am 29. Juli 1963: „Die Vereinigten Staaten, welche seit Jalta und Potsdam nichts von den Sowjets verlangt haben, sehen jetzt die Möglichkeit zu einer Verständigung. Das Ergebnis sind die getrennten Verhandlungen zwischen den Anglo-Amerikanern und den Sowjets, welche ausgehend von dem begrenzten Atom-Test-Stop-Abkommen sich offenbar auf andere Fragen, insbesondere europäische Fragen, ausdehnen sollen, und zwar bis jetzt ohne die Hinzuziehung von Europäern. Dies ist offensichtlich im Widerspruch zu den Ansichten Frankreichs.“ Nachdem er Amerika derart die Verantwortung für die Teilung Europas zugewiesen hatte, behauptete de Gaulle sodann, daß mit der Zeit „eine völlige Umgestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West in Europa“ möglich werden würde und daß, „wenn dieser Tag kommt, und ich habe dies bereits schon früher gesagt, Frankreich erwartet, konstruktive Vorschläge hinsichtlich des Friedens, Gleichgewichts und Schicksals Europas zu machen.“

de Gaulle hat verschiedene Hinweise darauf gegeben, worin diese „konstruktiven Vorschläge“ bestehen könnten. Kurz gesagt beziehen sie sich auf die Hineinnahme von Osteuropa und Rußland in eine größere europäische Gemeinschaft, die sich auf das gemeinsame kulturelle und historische Erbe gründet

und geographisch von dem französischen Staatsmann am 25. März 1959 definiert worden war. In jener Rede hatte er das Schlagwort vom „Europa bis zum Ural“ geprägt und es mit einem beredten Appell zugunsten eines gemeinsamen europäischen Handlungsbewußtseins verknüpft:

„Wir, die wir zwischen dem Atlantik und dem Ural leben, wir, die wir Europa sind und gemeinsam mit der Tochter Europas, Amerika, die hauptsächlichlichen Quellen und Hilfsmittel der Zivilisation zur Verfügung haben . . . , warum vereinigen wir nicht einen Teil unserer Rohmaterialien, unserer Produktionsgüter, unserer Nahrungsmittel, einige unserer Wissenschaftler, Technologen, Wirtschaftler, einige unserer Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge, um die Not zu besiegen, die Hilfsmittel zugänglich zu machen, und das Vertrauen in die Arbeit bei den weniger entwickelten Völkern zu fördern? Wir wollen dies nicht tun, um sie als Figuren in unseren politischen Plänen zu benutzen, sondern um die sich für das Leben und den Frieden bietenden Chancen zu verbessern. Wieviel nützlicher wäre das als die territorialen Forderungen, die ideologischen Ansprüche und die imperialistischen Bestrebungen, die die Welt ihrer Vernichtung zu führen!“

Inzwischen hat de Gaulle des öfteren auf dieses Konzept angespielt. Offensichtlich sieht er in seiner Verwirklichung den Höhepunkt eines langwierigen Umwandlungsvorgangs innerhalb der kommunistischen Staaten, der vielleicht durch den chinesisch-sowjetischen Konflikt und durch die wachsende Anziehungskraft Europas und des Gemeinsamen Markts beschleunigt wird. Dementsprechend bemüht sich de Gaulle um China, in der Hoffnung, daß diese neue Umzingelung Rußland vielleicht sogar dazu drängen könnte, ein Teil Europas zu werden.

Trotz der engen Bindungen de Gaulles mit Deutschland, in welchen er das Rückgrat unabhängigen europäischen Handelns erblickt, hofft er, den Vorgang der Verschmelzung Rußlands mit Europa dadurch schrittweise zu beschleunigen, daß er die Furcht der Osteuropäer vor einem erneuten deutschen „Drang nach Osten“ abschwächt. In dieser Hinsicht ging er noch weiter als Washington. Er hat erkannt, daß die Akzeptierung der gegenwärtigen polnisch-deutschen Grenze an Oder und Neiße als Dauerlösung *das sine qua non* ist, um Polen wieder in den europäischen Bereich

hineinzuziehen⁵⁾. Und offensichtlich würde Polen angesichts seiner geographischen Lage und seiner augenblicklichen Bindungen an Rußland das entscheidende Bindeglied bei jeder später einmal möglichen Rückkehr Rußlands zur europäischen Orientierung darstellen.

de Gaulles vordringliche Beschäftigung mit Osteuropa enthüllt das starke Element von französischem „sacro egoismo“ und von Vorspiegelung in seiner Politik. Da sein Konzept für Europa die Führung Frankreichs vorsieht, folgt daraus, daß die besten Alternativen für Frankreich die folgenden sind: 1. ein an der Elbe geteiltes Europa, in welchem das geteilte Deutschland in bezug auf seine spätere Wiedervereinigung von Frankreich abhängig ist, oder 2. ein geeintes Europa, das nicht nur ein Deutschland von 70 Millionen Einwohnern, sondern auch Osteuropa (und sogar Rußland) umfaßt, da das letztere zusammen mit Frankreich mehr als ein Gegengewicht für Deutschland sein würde. Er könnte daher eine Wiedervereinigung Deutschlands nicht begrüßen, so lange Osteuropa in den Händen eines feindseligen und möglicherweise besorgten Rußlands verbleibt. Aus diesem Grunde begrüßt er die gegenwärtige amerikanische Politik — und tadelt sie zur gleichen Zeit —, welche stillschweigend die Teilung Deutschlands an der Elbe akzeptiert, aber in ihren Erklärungen für eine Wiedervereinigung eintritt, wobei jedoch die Ostgrenze Deutschlands nicht definiert wird (dadurch wird den Polen keine andere Wahl gelassen, als Moskau und Pankow bedingungslos zu unterstützen). Diese Politik ermöglicht es Frankreich außerdem, die deutsche Unterstützung einfach dadurch zu erhalten, daß es in seinen Verlautbarungen eine streitbarere Haltung als die Vereinigten Staaten oder England zu Fragen wie zum Beispiel dem Berlin-Problem einnimmt. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind sowohl der deutsche Immobilismus hinsichtlich der Grenzfrage zusammen mit der Hallstein-Doktrin wie auch der amerikanischen Hinnahme der Teilung Europas in Übereinstimmung mit den Wünschen de Gaul-

5) In seiner Pressekonferenz am 25. März 1959 erklärte de Gaulle: „Die Wiedervereinigung der beiden Teile zu einem einzigen Deutschland, das vollkommen frei wäre, erscheint uns als die normale Bestimmung des deutschen Volkes, vorausgesetzt, daß die Deutschen nicht die Frage ihrer augenblicklichen Grenzen im Westen, Osten, Norden und Süden von neuem aufwerfen und vorausgesetzt, daß sie darauf hinzielen, sich eines Tages in eine vertragliche Organisation ganz Europas für Zusammenarbeit, Freiheit und Frieden zu integrieren.“

les. Da es zu früh ist, im Osten etwas zu unternehmen, versucht er, die französisch-deutsche politische Einheit zunächst inzwischen auf Kosten des „passiven“ Amerikas zu schaffen. Würden sich die Vereinigten Staaten und Deutschland jetzt entschließen, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen und eine politisch-wirtschaftliche Durchdringung Osteuropas zu versuchen, so würde ein solcher Schritt Frankreich völlig unvorbereitet finden und unfähig, die Führung zu übernehmen. de Gaulle überlegt sich aber, daß Deutschland zu gegebener Zeit die Fruchtlosigkeit der amerikanischen Einstellung zu den deutschen Problemen einsehen wird; dann wird die Zeit für Frankreich reif sein, aktiv die Errichtung eines „Europa bis zum Ural“ zu betreiben. (Könnte das sowjetische Reich jenseits des Urals eine Verlockung für die Chinesen darstellen?)

Die sowjetische Reaktion auf das sich langsam abzeichnende Konzept de Gaulles ist reserviert, aber es gibt bereits Anzeichen wachsender Besorgnis. Zu Anfang schienen die sowjetischen Führer die französische Widerspenstigkeit einfach deshalb zu begrüßen, weil sie eine neue Komplikation für den Erzrivalen, die Vereinigten Staaten, bedeutete⁶⁾. Sie betonten wiederholt ihren Wunsch, daß Frankreich eine größere und unabhängigere (das heißt anti-amerikanische) Rolle in den internationalen Fragen spielen möge, und de Gaulles Politik zielte offensichtlich in diese Richtung. Die „Prawda“ wies darauf hin, daß die Sowjetunion im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten während des Krieges de Gaulles „Ausschuß für die Nationale Befreiung“ nachhaltige Unterstützung gewährt hatte; und Chruschtschow unterstrich sowohl vor als auch nach seinem Besuch in Paris im März 1960 seine Hochachtung für den General und seine „freundschaftlichen“ Beziehungen zu ihm. Gleichgerichtete Anstrengungen wurden gemacht, um den französisch-sowjetischen Handel zu beleben, der in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stetig angestiegen war und im Jahre 1958 zum ersten Male den Umfang des Jahres 1913 überstieg. Das Wachstum Frankreichs war vom sowjetischen Gesichtspunkt aus eng mit dem Absinken der amerikanischen Macht in Europa verknüpft.

6) Dies stand in Übereinstimmung mit der Theorie der den französisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen innewohnenden Widersprüche. Vgl. V. Ljubimowa: Die Probleme von Frankreichs Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt, in: Mirovaja Ekonomika i Meshdunarodnije Otnoschenija, Nr. 3, 1957.

Obgleich die Sowjets eine Zeitlang hofften, daß der Wiederaufstieg Frankreichs den Westen schwächen könnte, waren sie sehr empfindlich hinsichtlich aller Anzeichen französischen Interesses an Osteuropa. Dementsprechend suchte sich Chruschtschow nach Adenauers Besuch in Paris im Frühherbst 1958 einen Satz in dem de Gaulle-Adenauer-Communiqué für seine Kritik in einem besonderen „Interview“ heraus, und zwar den, in welchem von dem späteren Einschluß „der größtmöglichen Anzahl europäischer Staaten“ in eine europäische Föderation gesprochen worden war. Nach den Worten Chruschtschows bedeutete dies, daß de Gaulle und Adenauer „jeden Sinn für Realität verloren haben müssen, wenn sie ernsthaft mit einem Erfolg in irgendeinem Unternehmen in Osteuropa rechnen“. Er wiederholte diese Bemerkung zwei Tage später einem deutschen Journalisten gegenüber⁷⁾.

Diese Befürchtungen wuchsen noch an, als die deutsch-französische Allianz Form gewann. Im Jahre 1960 war aus der Tonart der Anklagen aus dem Munde sowjetischer Sprecher deutlich ersichtlich, daß sie die Rolle Frankreichs einer neuen Beurteilung unterzogen hatten und in ihr eine langfristige politische Gefahr zu erkennen begannen. Frankreich wurde so dargestellt, daß es nicht nur den Versuch mache, Westeuropa zu beherrschen, sondern auch die Weiterverbreitung des Besitzes von Atomwaffen fördere, und daß es von einer olympischen Persönlichkeit geführt werde, die jeden Sinn für Realität verloren habe. 1962 wurde Frankreich bereits häufig als das Haupthindernis gegen das Nachlassen der internationalen Spannungen hingestellt, und de Gaulles Reise nach Deutschland wurde offiziell als Teil eines Komplotts attackiert, ein „Europa bis zum Ural“ zu errichten (dieser Satz wurde zitiert), was die Liquidierung der kommunistischen Herrschaftssysteme in Osteuropa zur Voraussetzung hätte; dies sollte mit Hilfe einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zuwege gebracht werden, die auch den gemeinsamen Besitz von Kernwaffen einschloß. Die Anklagen erreichten ihren Höhepunkt im Jahre 1963 nach

7) Die „Prawda“ kommentierte am 24. September 1958: „Kanzler Adenauer und Staatschef de Gaulle beschäftigten sich bereits bei ihrem ersten Treffen nicht nur damit, Übereinstimmung über ihre Maßnahmen innerhalb ihrer eigenen Länder zu erzielen, sondern anscheinend auch damit, wie sie die Länder Osteuropas in die sogenannte europäische Föderation hineinziehen könnten, die nichts anderes als ein Zweigunternehmen des aggressiven nordatlantischen Blocks ist.“

Frankreichs Weigerung, das Teststop-Abkommen zu unterzeichnen.

Da de Gaulles Pläne selbst seinen eigenen Anhängern etwas unklar sind, haben die Sowjets vermutlich ebenfalls nur eine unklare Vorstellung von ihnen. Dennoch könnte eben diese Unklarheit, zusammen mit dem französischen betont herausfordernden Auftreten Rußland und Osteuropa gegenüber, den Sowjets noch gefährlicher erscheinen als das bekannte und im Grunde statische anglo-amerikanische „Interesse“ an den Gebieten östlich der Elbe. Als Ergebnis wurde die Haltung der Sowjets der amerikanischen Position in Europa gegenüber ambivalenter. Vom politischen und sogar mehr noch vom militärischen Gesichtspunkt aus stellten zweifellos die Vereinigten Staaten und die NATO die größere Bedrohung dar. Für die Sowjets wurde die Bemühung, diese beiden Alternativen miteinander in Einklang zu bringen, immer mehr zu einem alles beherrschenden Dilemma, und von 1963 an schienen sie etwas weniger stark daran interessiert zu sein als zum Beispiel die Chinesen, die politische Verdrängung der Vereinigten Staaten vom Kontinent zu erreichen⁸⁾. Statt dessen neigten sie eher zu dem Versuch, die Vereinigten Staaten in eine Position der gemeinsamen Unterstützung der Teilung Europas zu manövrieren, in der Hoffnung, dadurch die gegenwärtige Teilung zu stabilisieren und vielleicht später einmal neue günstige Gelegenheiten für die sowjetische Diplomatie zu schaffen.

In dieser Hinsicht kann die Konfrontierung der Sowjets mit den Vereinigten Staaten in Kuba Ende 1962 als eine besonders bedeutsame Wegscheide angesehen werden. Sie überzeugte die Sowjets davon, daß zum augenblicklichen Zeitpunkt ihre Mittel zur Ausführung ihrer Pläne unzulänglich waren und daß die sowjetische Politik, sowohl politisch als auch militärisch auf einen Durchbruch in Europa mit Hilfe des Drucks auf Berlin zu drängen, zum Scheitern verurteilt war und in der Tat schon die entgegengesetzten Ergebnisse gezeitigt hatte. Die Vereinigten Staaten gaben nicht nach, und die Wirkung des sowjetischen Drucks in Kuba führte zu einer Stärkung der „aggressiven“ Kräfte in Frankreich und Deutschland. Jedoch konnte vielleicht durch das Streben nach einer sowjetisch-amerikanischen Annäherung auf der Grundlage der

amerikanischen Hinnahme der Teilung Europas die deutsch-französische Herausforderung in eine vernichtende Fehde innerhalb des westlichen Bündnisses umgewandelt werden und möglicherweise zuletzt sogar zu einem neuen Rapallo führen. Während sich der Kreml augenscheinlich zunächst einmal mit der französischen und deutschen feindseligen Haltung abfand, beschloß er, dafür zu sorgen, daß der deutsch-französische Zusammenschluß keine amerikanische politische und militärische Unterstützung erhalten werde. Daher wider setzte sich Moskau lebhaft dem amerikanischen Plan der Aufstellung einer europäischen multilateralen Kernwaffenstreitmacht, und zwar mit der Begründung, daß sie die deutsche politische und militärische Position stärken würde⁹⁾. Ein Fehlschlag der Aufstellung einer multilateralen Streitmacht mußte andererseits aber wiederum die Politik General de Gaulles für Bonn noch anziehender machen und konnte sogar zur Schaffung einer unabhängigen deutschen Kernwaffenstreitmacht oder zumindest einer gemeinsamen deutsch-französischen Streitmacht führen, wodurch den französischen und deutschen politischen Bestrebungen gedient wurde, die mit der Aufrechterhaltung der sowjetischen Kontrolle über Mitteleuropa weniger vereinbar sind als die amerikanischen Ziele. Die sowjetische Opposition gegen die multilaterale Streitmacht spielte somit in die Hände von Paris und steigerte die sowjetische Ungewißheit, wie das immer kompliziertere Problem des Verhältnisses zu Europa am besten zu behandeln sei.

V.

Die russische und amerikanische Zusammenarbeit könnte die Teilung Europas aufrechterhalten, aber es bestünde keine Garantie dafür, daß Rußland nicht zu irgendeinem Zeitpunkt den Entschluß fassen würde, die europäische Enttäuschung hinsichtlich der gegenwärtigen Politik der Vereinigten Staaten, des wirklichen Konkurrenten Rußlands von globalem Maßstab, für sich auszunutzen. Für die Vereinigten Staaten wäre es daher gefährlich, sich Rußland in der Unterstützung der Teilung Europas anzuschließen. Eine europäische Zusammenarbeit mit Rußland gegen Amerika könnte nur zustandekommen als Folge einer europäischen Verärgerung über die amerikanische Führung, das heißt als Ergebnis der Reaktion auf das, was als eine Art amerika-

8) Als Darlegung des chinesischen Standpunkts vgl. den Artikel „Der imperialistische Block zerfällt rasch“, Jen Min Jih Pao, Pecking, 24. Februar 1963.

9) Diese Ambivalenz zeigt sich deutlich im Artikel von W. Nekrasow: Der Circulus vitiosus der „atlantischen Politik“, in: Prawda, 27. Dezember 1963.

nischer Verrat an den europäischen Interessen angesehen würde. Die Voraussetzung dafür müßte also eine amerikanisch-sowjetische Entente auf der Grundlage der gemeinsamen Akzeptierung des Status quo in Europa sein. Dies ist das Ziel, das die Sowjets zur Zeit zu erreichen suchen. Ohne eine derartige vorangegangene Entwicklung erscheint eine europäisch-russische Zusammenarbeit als äußerst unwahrscheinlich angesichts des sowjetischen Wunsches, die Hegemonie der Sowjetunion über halb Europa zu verewigen, und angesichts der wachsenden westeuropäischen Entschlossenheit, dagegen anzugehen. Die amerikanische Zusammenarbeit mit Europa mit dem Ziel der Wiedervereinigung Europas und der Wiedereinfügung Rußlands in die westliche Zivilisation, ein Vorgang, der jetzt durch die chinesisch-sowjetische Spaltung begünstigt wird, scheint die stärkste und dauerhafteste Kombination zu sein, und zwar eine Kombination, die sowohl mit den amerikanischen als auch mit den europäischen Interessen hinsichtlich der Zukunft in Einklang steht.

Mehr denn je unterliegt Rußland jetzt der Anziehungskraft Europas. In der Vergangenheit hatte die russische Haltung gegenüber Europa geschwankt. Einerseits wurde Moskau arrogant als das dritte Rom und dann als die Quelle einer neuen und allgemeingültigen Ideologie bezeichnet. Andererseits bestand ein tiefverwurzeltes Minderwertigkeitsgefühl in bezug auf den Westen und der Wunsch, den Westen nachzuahmen. Die russischen Kommunisten vereinigten in sich das Gefühl der Überlegenheit mit dem Drang, die Unterlegenheit zu beseitigen (durch Nachahmung, das heißt durch Industrialisierung). Indem sie die technische, wirtschaftliche und kulturelle Lücke zwischen Europa und Rußland verengten, schufen die sowjetischen Führer zum ersten Male die Möglichkeit eines Verhältnisses zueinander, das auf Ebenbürtigkeit beruht und für beide Seiten ehrenvoll ist. In der Zwischenzeit hat die chinesisch-sowjetische Spaltung den universellen Anspruch der Ideologie beeinträchtigt, während die sowjetische Beherrschung Osteuropas nicht nur die russischen Befürchtungen vor dem Westen verringert, sondern auch Möglichkeiten für die Weitergabe der westlichen Werte eröffnet hat. Ohne es zu wissen, vollbrachten die sowjetischen Führer das historische Werk, den Boden für ein größeres Europa vorbereitet zu haben, das jedoch — von ihrem Standpunkt aus gesehen bedauerlicherweise — nicht ein kommunistisches Europa sein wird.

Die von Frankreich kommende Herausforderung ist ein Anzeichen dafür, daß Europa jetzt vorwärts blickt und nicht länger um sein Überleben fürchtet. Dieses Wiedererwachen hat zwangsläufig eine Umgruppierung der Macht im Westen mit sich gebracht und Spannungen im westlichen Bündnis zur Folge gehabt. Die wirkliche Herausforderung zielt jedoch nach Osten. Ideologisch erweist sich das Konzept der europäischen Einheit, mit dem Gemeinsamen Markt als Startsymbol, als ein faszinierenderes Bild der Zukunft als die kommunistische Version eines Europas, das in rivalisierende Teile aufgespalten ist. Im wirtschaftlichen Bereich hat Westeuropa eine viel eindrucksvollere Entwicklung im Handel, im Zusammenfassen der gemeinsamen Hilfsquellen und in der allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards durchgemacht, als dies in den kommunistischen Ländern der Fall war. In der Politik waren die öffentlichen Diskussionen und der Mangel an Übereinstimmung unter den westlichen Mächten viel weniger intensiv und bitter als die entsprechenden Konflikte und gegenseitigen Exkommunizierungen innerhalb der kommunistischen Welt. All dies gibt dem Westen eine günstige Ausgangsposition, von der aus er den Osten auffordern kann, seine fruchtlosen und überalterten ideologischen Positionen aufzugeben und an einem Vorhaben mitzuarbeiten, das auch in seinem Interesse liegt.

Eine solche Aufforderung könnte gemeinsam von den Vereinigten Staaten und Westeuropa auf verschiedene Weise an den Osten hergetragen werden, angefangen von langfristigen zweiseitigen Handelsabkommen (wie sie jetzt abgeschlossen werden) bis zu einem zukünftigen multilateralen Plan für die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage der europäischen Einheit. Schritt für Schritt sollten die osteuropäischen Staaten ermutigt werden, sich dem Gemeinsamen Markt anzuschließen, zunächst lose und indirekt und dann immer enger und unmittelbarer. Westeuropa könnte auch die Initiative dabei ergreifen, seine Grenzen der Jugend des Ostens zu öffnen, und es den kommunistischen Regimes überlassen, ihre Jugend, falls sie dies wünschen, an der Teilnahme an der wachsenden europäischen Einheit zu hindern. Es ist zu bezweifeln, ob die nachdrückliche Förderung enger Beziehungen, die so offensichtlich im Interesse der betreffenden Völker lägen, auf die Dauer durch den Widerstand ihrer kommunistischen Regierungen zurückgewiesen werden könnte. Widerstand werden diese sicherlich leisten, und die augen-

blicklichen Anstrengungen, das COMECON institutionell auszubauen und seine Arbeit zu intensivieren, spiegeln die Erkenntnis der kommunistischen Führer wider, daß ohne eine verbesserte Wirtschaftsstruktur der sowjetische Block nicht in der Lage sein wird, es mit dem Westen aufzunehmen und die Kräfte nationaler Selbstbehauptung in den einzelnen Mitgliedstaaten einzudämmen. Diese Bemühungen sollte man nicht unterschätzen. Zur Zeit ist das Konzept eines geeinten Europas ideolo-

gisch noch reizvoller und wirtschaftlich vielversprechender. Europa wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht lange „ohne Seele, ohne Rückgrat und ohne Wurzeln“ bleiben. Voraussetzung dafür ist, daß es der Sowjetunion nicht gelingt, die Amerikaner zur Unterstützung des Status quo zu gewinnen. Eine weitere Voraussetzung ist, daß Amerika und Westeuropa die sich jetzt bietenden Gelegenheiten nutzen und nicht tatenlos zusehen, wie sich der Sowjetblock neu konsolidiert.